

Fritz Breuss

## Österreich 15 Jahre EU-Mitglied

**Österreich ist seit 15 Jahren EU-Mitglied. Die ökonomische Neubewertung der Integrationseffekte erfolgt vor dem Hintergrund der sich wandelnden Integrationsgeschichte Europas seit der Ostöffnung 1989. In diesem Zeitraum hat sich die EU vertieft – nach der Schaffung des Binnenmarktes wurde (noch nicht in allen Mitgliedsländern) eine gemeinsame Währung eingeführt. 2004 und 2007 folgte in einem großen Schritt eine Erweiterung. 15 Jahre EU-Mitgliedschaft waren für Österreich ein wirtschaftlicher Gewinn. Das reale BIP wurde dadurch um jährlich 0,6 Prozentpunkte gesteigert. Über alle Integrationsschritte seit 1989 (Ostöffnung, EU-Beitritt, WWU-Teilnahme, EU-Erweiterung) beträgt der Integrationsbonus in Österreich +0,9% des realen BIP und +20.000 Arbeitsplätze pro Jahr.**

Begutachtung: Peter Mayerhofer • Statistik: Roswitha Übl • E-Mail-Adressen: [Fritz.Breuss@wifo.ac.at](mailto:Fritz.Breuss@wifo.ac.at), [Roswitha.Uebl@wifo.ac.at](mailto:Roswitha.Uebl@wifo.ac.at)

### Persönliche Vorbemerkung

Jan Stankovsky war mein Lehrer im WIFO. Er hat mich in Details des österreichischen Außenhandels und besonders in die Geheimnisse des Osthandels – sein Spezialgebiet – eingeführt. Ich hatte die Gelegenheit und Freude, mit ihm gemeinsam zahlreiche Aufsätze und Buchbeiträge zu verfassen. Er war nicht nur "der" Ostexperte in Österreich, sondern auch ein früher und glühender Verfechter eines österreichischen EU-Beitritts. Nicht unwesentlich hat die gemeinsame Studie "Österreich und der EG-Binnenmarkt" aus dem Jahr 1988 dazu beigetragen, dass sich die österreichische Politik stärker mit der EU-Perspektive zu beschäftigen begann.

Vor 15 Jahren, am 1. Jänner 1995, trat Österreich der Europäischen Union bei. In dieser Zeit hat sich Europa geopolitisch stark verändert. Der Zusammenbruch der kommunistischen Planwirtschaften in Osteuropa hatte die Ostöffnung und letztlich die Wiedervereinigung Europas zur Folge. Die Europäische Gemeinschaft (EG) hatte sich gerade zum Ziel gesetzt, ihre Integration durch Schaffung eines Binnenmarktes nach dem Vorbild der USA zu vertiefen, als 1989 der Umbruch in Osteuropa die politische Landschaft völlig veränderte und die EG zwang, über eine Erweiterung nachzudenken. Österreich – vormals durch die Bestimmungen des Staatsvertrags und den Neutralitätsstatus in der EG-Integration beschränkt – beschäftigte sich nach Publikation des Ziels der Schaffung eines Binnenmarktes im Weißbuch von 1985 (*Europäische Kommission*, 1985) intensiv mit den Optionen einer Annäherung an die EG. In einer umfassenden Studie beschäftigte sich Stankovsky als einer der ersten umfassend mit den Vor- und Nachteilen einer vollen Teilnahme Österreichs am EG-Binnenmarkt (*Breuss – Stankovsky*, 1988, *Breuss – Schebeck*, 1989). Kurze Zeit später stellte Österreich am 17. Juni 1989 den Antrag auf EG-Beitritt. Nach einer relativ positiven Stellungnahme der Europäischen Kommission (Avis), den Beitrittsverhandlungen gemeinsam mit Finnland, Norwegen und Schweden und dem positiven Votum in einer Volksabstimmung trat Österreich gemeinsam mit Finnland und Schweden am 1. Jänner 1995 der Europäischen Union (EU) bei.

Parallel zu den Überlegungen der EU über eine Einbindung der Länder in Ostmitteleuropa, die sich seit 1989 von der UdSSR emanzipierten, zunächst mit handelspolitischen Maßnahmen (Europa-Abkommen) und letztlich mit der Vollmitgliedschaft im Rahmen der größten EU-Erweiterung 2004 und 2007 zur EU 27 lief der Prozess der Vertiefung der Integration in der EU weiter: 1993 wurde der Binnenmarkt geschaffen, 1999 die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit der Einführung des Euro als ge-

meinsame Währung; mit dem Schengen-Abkommen wurde das Reisen in der EU ohne Reisepass möglich (Schengen-Raum); dazu kamen institutionelle Reformen der Union, zuletzt trat der Lissabon-Vertrag in Kraft. Diese Schritte waren die Voraussetzung, damit sich eine erweiterte Union adäquat organisieren kann.

Der vorliegende Beitrag zu Ehren von Jan Stankovsky versucht eine Neubewertung der Mitgliedschaft Österreichs in der EU im Zusammenhang mit den zeitlich parallel ablaufenden Integrationsereignissen in Europa: der langen Periode der Ostöffnung seit 1989, der Vertiefung der EU-Integration mit der Schaffung des Binnenmarktes seit 1993, dem zusätzlichen monetären Integrationsschritt WWU 1999 mit der Einführung des Euro 2002 und der großen EU-Erweiterung 2004 und deren vorläufigem Abschluss 2007.

## Österreichs Weg in die sich wandelnde EU

Eine Mitgliedschaft Österreichs in der EWG war in den 1960er-Jahren und nach dem Fusionsvertrag von 1967, als die drei Gemeinschaften EGKS, EAG und EWG institutionell vereinheitlicht wurden, politisch wegen Bedenken bezüglich der Neutralität und der Bestimmungen des Staatsvertrags nicht opportun. Erst als die EG sich im Weißbuch 1985 zum Ziel setzte, die "Eurosklerose" durch die Schaffung eines Binnenmarktes per 1. Jänner 1993 zu überwinden, stellte sich auch für Österreich die Frage einer geeigneten Annäherung über die Freihandelsabkommen mit der EG und EGKS von 1972 hinaus, um nicht wirtschaftlich ins Hintertreffen zu geraten. Die neutralitatsrechtlichen Bedenken wurden in einem umfassenden Rechtsgutachten von Hummer – Schweitzer (1987) bald ausgeräumt. Die wirtschaftlichen Aspekte einer Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft (Breuss – Stankovsky, 1988), später der Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR; Breuss – Schebeck, 1991) wurden in mehreren WIFO-Arbeiten beleuchtet. In weiteren Studien stellte das WIFO auf der Basis von Modellsimulationen die Vor- und Nachteile einer vollen Teilnahme Österreichs am EG-Binnenmarkt einer Nicht-Teilnahme gegenüber und prognostizierte für den Fall der Teilnahme einen zusätzlichen Impuls auf das Wirtschaftswachstum von rund 1/2 Prozentpunkt pro Jahr (Breuss – Schebeck, 1989).

Während Österreich sich stärker der EG annäherte (siehe Kasten), kam die Ostöffnung in Gang. 1989 brachen die kommunistischen Planwirtschaften zusammen, 1991 zerfiel die UdSSR. Die vormalig ökonomisch im RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) und militarpolitisch im Warschauer Pakt an die UdSSR gebundenen Länder Ostmitteleuropas (MOEL) konnten sich emanzipieren und sich politisch (von Diktaturen zu Demokratien) und ökonomisch (von der Plan- zur Marktwirtschaft) transformieren. Im Zuge der Ostöffnung wandte sich die EU rasch den MOEL zu, zunächst durch eine verstärkte handelspolitische Einbindung (Europa-Abkommen), im Juni 1993 anlässlich des Gipfels von Kopenhagen durch die Einladung zum EU-Beitritt, wenn sie die "Kopenhagener Kriterien" (Demokratie, Marktwirtschaft, *acquis communautaire*) erfüllen. Von der Ostöffnung generell und speziell von der Handelsliberalisierung durch die Europa-Abkommen profitierte Österreich bereits im Vorfeld der EU-Erweiterung und des eigenen EU-Beitritts durch neue Handelsmöglichkeiten mit den Nachbarstaaten in Osteuropa.

Österreich stellte den Antrag auf EG-Mitgliedschaft am 17. Juli 1989, also zu einer Zeit als gerade der Umbruch in Osteuropa im Gang war. Im Juli 1991 folgte eine relativ positive Stellungnahme der Kommission (Avis, 1991). Die eigentlichen Verhandlungen der EU mit Österreich begannen am 1. Februar 1993, dauerten etwas mehr als ein Jahr und endeten mit dem Beitrittsvertrag im April 1994 (Europäische Kommission, 1994)<sup>1)</sup>. Nach einem positiven Votum in einem Referendum und der Ratifikation durch die EU-Mitgliedsländer trat Österreich am 1. Jänner 1995 der EU bei.

<sup>1)</sup> Details zum Prozess der Annäherung Österreichs an die EU siehe Breuss (1996); eine historische Dokumentation des langen Weges Österreichs in die EU bietet Gehler (2002).

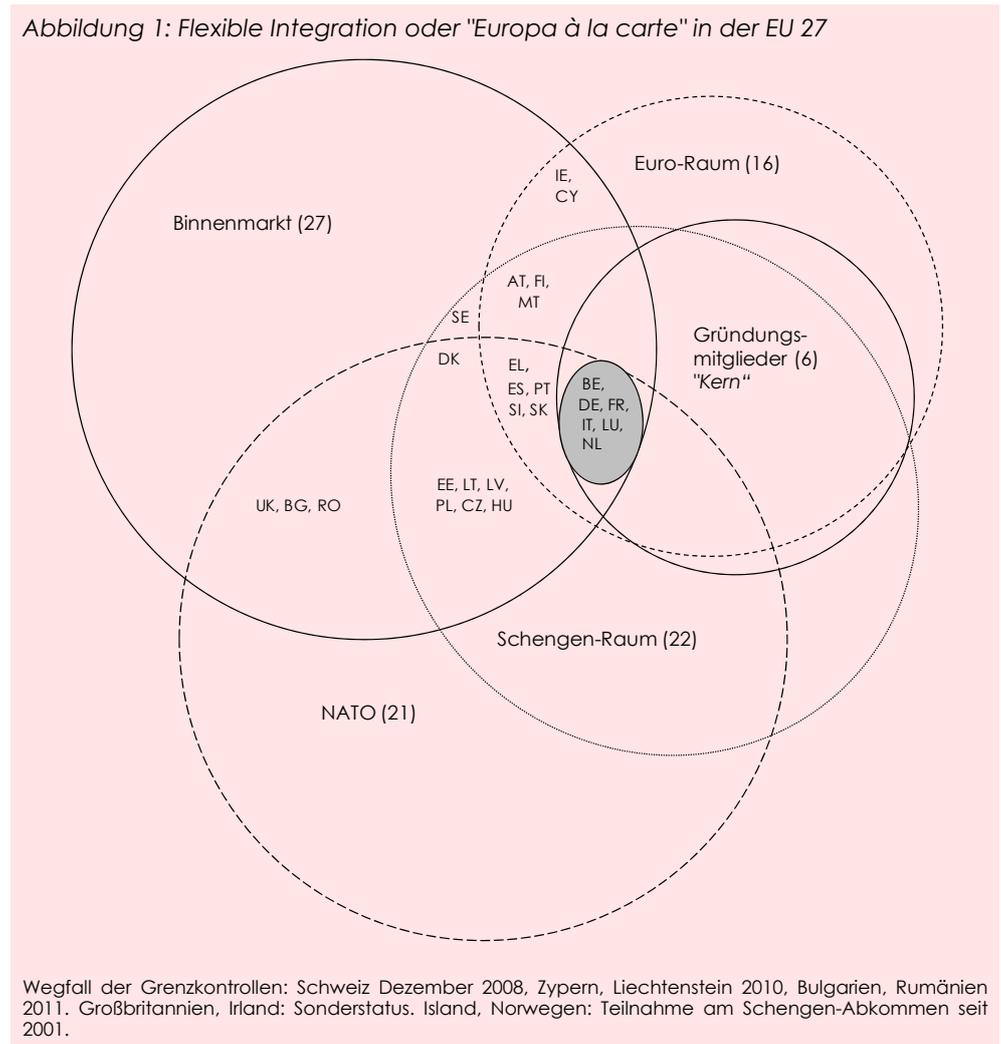
## Überblick über die Integrationsschritte der EU mit Österreich-Bezug

- 1960 3. Mai: EFTA-Beitritt Österreichs
- 1972 Freihandelsabkommen EG und EGKS mit EFTA
- 1985 Weißbuch der Europäischen Kommission über die Schaffung des EG-Binnenmarktes
- 1987 1. Juli: Einheitliche Europäische Akte (EEA): Revision der Gründungsverträge (EGKS, EAG, EWG), Ziel Schaffung des Binnenmarktes mit 1. Jänner 1993
- 1989 9. November: Fall der Berliner Mauer, Beginn der Ostöffnung  
17. Juli: Österreich stellt EG-Beitrittsantrag
- 1990 3. Oktober: Deutsche Wiedervereinigung
- 1991 Zerfall der UdSSR, Auflösung des Warschauer Paktes und des RGW  
Juli: Avis (Stellungnahme) der Kommission zu Österreichs Beitrittsantrag
- 1993 1. Jänner: Europäischer Binnenmarkt tritt in Kraft  
1. Februar: Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden  
22. Juni: Europäischer Rat in Kopenhagen: Einladung an die MOEL, der EU beizutreten; Formulierung der Kopenhagener Beitrittskriterien (Demokratie, Marktwirtschaft, Übernahme des Rechtsbestands der EU, Aufnahmefähigkeit der EU)  
Europa-Abkommen: asymmetrische Handelsliberalisierung zwischen EU und MOEL  
1. November: Vertrag von Maastricht tritt in Kraft (EGV und EUV, 2. Revision der Gründungsverträge); Ziele: Binnenmarkt und WWU
- 1994 EWR-Teilnahme Österreichs  
14. April: Beitrittsverträge der EU mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden  
12. April: Volksabstimmung in Österreich über EU-Beitritt: Zustimmung 66,6%  
24. Juni: Unterzeichnung der Beitrittsverträge mit Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden in Korfu
- 1995 1. Jänner: 4. EU-Erweiterung um Finnland, Österreich und Schweden (EU 15)  
28. April: Österreich nimmt am Schengen-Abkommen teil (1. Dezember 1997: Wegfall der Personenkontrollen an den Grenzen – "passfreies Reisen" innerhalb der EU)
- 1999 1. Jänner: 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion tritt in Kraft (EUR 11)  
1. Mai: Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft (3. Revision der Gründungsverträge); Ziele: GASP, Beschäftigungspolitik, Schengen-Raum, EU-Erweiterung
- 2000 Lissabon-Strategie zur Verbesserung des Binnenmarktes (seit 2005 Hauptziele "Wachstum und Beschäftigung")
- 2001 Griechenland tritt in die Währungsunion ein (EUR 12)
- 2002 Euro in der Währungsunion gesetzliches Zahlungsmittel
- 2003 1. Februar: Vertrag von Nizza tritt in Kraft (4. Revision der Gründungsverträge); Ziele: Reform der EU-Institutionen, Vorbereitung auf die EU-Erweiterung, Deklaration der "Charta der Grundrechte der Union"
- 2004 1. Mai: 5. EU-Erweiterung um 10 Länder (EU 25)  
29. April: Unterzeichnung des Vertrags über eine Verfassung für Europa; Inkraftsetzung per 1. November 2006 scheitert 2005 an negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden
- 2007 1. Jänner: Abschluss der 5. EU-Erweiterung um Bulgarien und Rumänien (EU 27)  
Slowenien tritt in die Währungsunion ein (EUR 13)  
Ausdehnung des Schengen-Raumes auf 24 Länder (22 EU-Länder, Norwegen und Island); Großbritannien, Irland: Sonderstatus; Schweiz nimmt ab 12. Dezember 2008 am Schengen-Abkommen teil, Liechtenstein und Zypern ab 2010, Bulgarien und Rumänien ab 2011
- 2008 Malta und Zypern treten in die Währungsunion ein (EUR 15)
- 2009 Slowakei tritt in die Währungsunion ein (EUR 16)  
Weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise  
1. Dezember: Lissabon-Vertrag tritt in Kraft (5. Revision der Gründungsverträge); Ziele: 2 Verträge (EUV: Vertrag über die Europäische Union, AEUV: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union); "Gemeinschaft" oder "Europäische Gemeinschaft" wird nun als "Union" bezeichnet; Union erhält eigene Rechtspersönlichkeit; Neuregelung der Kompetenzen zwischen Union und Mitgliedsländern; Charta der Grundrechte; keine Unions-Symbole; Reform der Institutionen (Ratspräsident, hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik ist Vizepräsident der Kommission)  
14. Juli: Europäisches Parlament konstituiert sich nach den Wahlen vom 4.-7. Juni für fünf Jahre in neuer Zusammensetzung nach dem Lissabon-Vertrag (751 Abgeordnete; Österreich 19)
- 2010 10. Februar: Europäische Kommission tritt Funktionsperiode von 5 Jahren an  
"EU-2020" soll die Lissabon-Strategie für Steigerung und Nachhaltigkeit des Wachstums ablösen

EAG ... Europäische Atomgemeinschaft (Euratom), EGKS ... Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion, nach 50 Jahren Bestand am 23. Juli 2002 aufgelöst), GASP ... Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, EGV ... Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften, EUV ... Vertrag über die Europäische Union, EWR ... Europäischer Wirtschaftsraum (Abkommen zwischen EG und EFTA).

Nach Schaffung des Binnenmarktes 1993, der allerdings bisher<sup>2)</sup> noch nicht vollständig umgesetzt wurde und dem durch eine neue Initiative (Lissabon-Strategie 2000) größere Dynamik verschafft werden sollte, schritt die Vertiefung der Integration mit der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion 1999 und der Einführung der gemeinsamen Währung 2002 zur ökonomisch höchsten Integrationsstufe weiter fort. Österreich, das mit dem EU-Beitritt automatisch am Binnenmarkt teilnahm, gehört auch zu den 11 Gründungsländern der Währungsunion. Die ökonomisch vertiefte Union vollzog aus politischen (Wiedervereinigung Europas nach der ideologisch-politischen Teilung seit dem Zweiten Weltkrieg) und ökonomischen Überlegungen im Jahr 2004 mit der fünften ihre größte Erweiterung (um 10 neue Mitgliedsländer); 2007 wurde diese Erweiterungsrunde mit der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien abgeschlossen.

Abbildung 1: Flexible Integration oder "Europa à la carte" in der EU 27



Die Zustimmung der österreichischen Bevölkerung zur EU hat sich im Laufe der Zeit kaum wesentlich verbessert. Sie liegt durchwegs unter dem EU-Durchschnitt. Während zuletzt laut *Eurobarometer* (2009) im Durchschnitt der EU 53% der Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft für gut hielten, lag dieser Wert in Österreich bei nur 42% (niedriger war er nur in Tschechien mit 40%, Ungarn mit 34%, Großbritannien mit 30% und Lettland mit 23%). Der Höchstwert der letzten 15 Jahre betrug 46% (2004), der niedrigste Wert 30% (1997). Die politischen Maßnahmen von 14 EU-Ländern gegen Österreich wegen der Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ zwischen Februar und September 2000 (*Hummer, 2006, Strauß – Ströhle, 2010*) drückten die Zustimmung zur EU.

<sup>2)</sup> So trat etwa die Dienstleistungs-Richtlinie erst Anfang 2010 in Kraft.

Die nunmehr auf 27 Länder umfassende EU hat ihre Expansion noch nicht abgeschlossen. Beitrittskandidatenländer sind derzeit die Balkanländer Kroatien (nächstes Beitrittsland) und Mazedonien, das krisengeschüttelte Island (Beitrittsantrag im Juli 2009) und die Türkei. Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik werden weitere europäische Länder in Osteuropa indirekt auf einen möglichen EU-Beitritt vorbereitet (Breuss, 2007A, 2007B). Letztlich ist eine EU 40 nicht undenkbar.

Durch die EU-Erweiterung wurde die EU noch heterogener als zuvor. Auf verschiedenen Ebenen besteht eine Konstellation, die man als "differenzierte" Integration oder "Europa à la carte" bezeichnen kann: Nicht alle EU-Mitgliedsländer nehmen jeweils an allen Integrationsstufen (Binnenmarkt, Währungsunion, Schengen-Raum, Gemeinsame Verteidigungspolitik oder kurz NATO) teil (Abbildung 1).

Im Folgenden werden die ökonomischen Effekte der EU-Mitgliedschaft Österreichs anhand von Simulationen mit einem eigens konstruierten Integrationsmodell (siehe Anhang) neu bewertet; dabei werden die anderen parallel abgelaufenen Integrationssschritte mitberücksichtigt<sup>3)</sup>. Die jeweils relevanten theoretischen Integrationseffekte werden im Lichte der tatsächlichen Integrationssschritte erläutert.

Mit der Ostöffnung 1989 erschlossen sich für Österreich neue Märkte in der direkten Nachbarschaft. Die Länder Ostmitteleuropas, die sich von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft transformierten, haben immer noch einen großen Nachholbedarf. Sowohl die geographische Nähe als auch die aus historischen Gründen engen Beziehungen zu Österreich trugen dazu bei, dass die österreichische Wirtschaft die Chancen rasch und gut nutzte. Verstärkt wurde die gute Ausgangsposition Österreichs durch die Liberalisierung des Handels zwischen EU und MOEL im Rahmen der Europa-Abkommen. Erste Modellberechnungen (Breuss – Schebeck, 1996, 1998) ergaben erhebliche Gewinne für Österreich (Beschleunigung des BIP-Wachstums um rund ½ Prozentpunkt, Steigerung der Beschäftigtenzahl um zusätzlich rund 10.000 pro Jahr).

Für die vorliegende Neuberechnung der Integrationseffekte durch die Ostöffnung seit 1989 wurden im Integrationsmodell zwei Ereignisse berücksichtigt: Zum einen gingen die Handels- und FDI-Effekte aufgrund der Ostöffnung generell und die Änderungen des Handelsregimes zwischen EU und MOEL im Rahmen der Europa-Abkommen 1997 (asymmetrische Ost-West-Handelsliberalisierung durch Abschaffung der Zölle durch die EU ab 1997, durch die MOEL ab 2002) in die Handels- und FDI-Gleichungen über Dummy-Variable ein. Zum anderen wurde der generelle Wachstumseffekt der Vergrößerung des EU-Marktes erfasst. Das reale BIP wuchs im Durchschnitt der EU 27 um 0,1 Prozentpunkt rascher als zuvor.

Der isolierte Ostöffnungseffekt schlägt sich in den Simulationen (Übersicht 3) in einem zusätzlichen jährlichen Anstieg des realen BIP in Österreich um 0,2% nieder. Pro Jahr erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten zusätzlich um rund 4.000. Die Leistungsbilanz verbesserte sich, weil die Exporte rascher expandierten als die Importe. Die Nettoexportposition Österreichs verbesserte sich aber vor allem von 1989 bis 2003, seit der EU-Erweiterung kehrte sich die Entwicklung um. Die Lohnquote wurde aufgrund der Billiglohnkonkurrenz gedämpft.

Der Beitritt Österreichs zur EU im Jahre 1995 ermöglichte die volle Teilnahme am EG-Binnenmarkt mit allen damit zusammenhängenden Integrationseffekten: Abbau der Grenzkontrollen, Intensivierung des Wettbewerbs, Liberalisierung und Privatisierung vormals verstaatlichter Sektoren (Telekommunikation, Verkehr, Infrastrukturnetzwerke usw.), Effizienz- und damit Produktivitätssteigerung, volle Ausschöpfung der vier Grundfreiheiten. Dass der Binnenmarkt nicht wie erwartet (Cecchini-Bericht: *Catinat – Donni – Italianer*, 1988) seine volle Integrationswirkung auf Wachstum (Prognose BIP rund +3,4%, Inflationsrate –1 Prozentpunkt pro Jahr) und Beschäftigung (Prognose +1,9 Mio. nach 6 Jahren) entfaltete, liegt zum einen daran, dass nicht alle Vorhaben

---

## Neubewertung der ökonomischen Effekte der EU-Mitgliedschaft Österreichs

---

### Die Ostöffnung

---

### EU-Mitgliedschaft Österreichs

---

<sup>3)</sup> Einen Überblick über bisherig vorliegende Berechnungen der Integrationseffekte der verschiedenen Integrationssschritte für Österreich bietet Breuss (2006A, 2009D).

umgesetzt wurden (der Dienstleistungsbinnenmarkt entstand erst durch eine eigene Dienstleistungs-Richtlinie, die 2010 in Kraft trat)<sup>4)</sup>, und zum anderen daran, dass durch die stetigen Erweiterungen die Heterogenität zunahm und nicht alle neuen EU-Länder voll am Binnenmarkt teilnehmen ("Europa à la carte). Bereits im Jahr 2000 wurde daher versucht, dem Binnenmarkt mit der Lissabon-Strategie für "Wachstum und Beschäftigung" größere Dynamik zu verleihen. Die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise brachte diese Bemühungen vorübergehend zum Stillstand. Die Strategie "EU 2020" soll in Zukunft die Lissabon-Strategie ablösen (Breuss, 2008, 2009C).

Verbunden mit der Teilnahme am Binnenmarkt ist der Eintritt in die Zollunion der EU mit einem Gemeinsamen Zollltarif (GZT). Im Falle Österreichs ergab sich dadurch eine leichte Senkung des Zollniveaus von 10,5% auf 5,7% des GZT der EU vor dem Abbau im Rahmen der Uruguay-Runde (Breuss, 2006B, S. 307). Neben der Gemeinsamen Zoll- und Handelspolitik (GHP) betreibt die EU die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und einheitliche Regeln für den Wettbewerb und die Regionalpolitik<sup>5)</sup>. Gerade die Übernahme der Wettbewerbs- und Regionalpolitik erhöhte die Transparenz und trug insgesamt dazu bei, dass vormals arme Regionen (wie z. B. das Burgenland)<sup>6)</sup> dank des bevorzugten Förderstatus (Ziel 1) aufholten (Mayerhofer – Fritz, 2009). Das nominelle Bruttoregionalprodukt pro Kopf stieg im Burgenland zwischen 1995 und 2007 pro Jahr um 3,8% (Österreich-Durchschnitt +3,3%, Tirol und Oberösterreich jeweils +3,7%, andere Bundesländer +3,5%, Wien +2,6%).

Abbildung 2: Entwicklungsniveau in der EU 27

BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards, 2008, EU 27 = 100



Q: Europäische Kommission. Zum Vergleich: Norwegen 191, USA 155, Schweiz 141, Island 121, Japan 111.

<sup>4)</sup> Die vollständige Umsetzung der Dienstleistungs-Richtlinie könnte laut Berechnungen von Badinger – Breuss – Schuster – Sellner (2008) langfristig das Niveau des BIP in der EU um ½% bis 1% anheben und dazu beitragen, dass die Zahl der Beschäftigten um rund 400.000 steigt.

<sup>5)</sup> Die Zuständigkeiten der EU-Mitgliedsländer ist im Lissabon-Vertrag (AEUV, Titel I) geregelt.

<sup>6)</sup> Mit 347,41 Mrd. € wird die Kohäsionspolitik in der laufenden Programmperiode des Finanzrahmens der EU (2007/2013) 35,6% des gesamten EU-Haushalts beanspruchen und damit nach der Gemeinsamen Agrarpolitik (42,4%) der zweitgrößte Budgetbereich der EU sein. Österreich wird im Rahmen des Phasing-out des Burgenlandes (177 Mio. €) sowie der Ziele "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" (1.027 Mio. €) und "Europäische Territoriale Zusammenarbeit" (257 Mio. €) im Rahmen der Kohäsionspolitik insgesamt 1,46 Mrd. € abrufen und dafür erhebliche nationale Kofinanzierungsmittel einsetzen (inforegio factsheet Austria, Oktober 2006, [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/atlas2007/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/index_en.htm)). Insgesamt erhält Österreich der Periode 2007/2013 einen Anteil von 1,4% der Gesamtausgaben der EU von 944,77 Mrd. € (Mittel für Verpflichtungen), also 13,6 Mrd. € zu laufenden Preisen in ([http://ec.europa.eu/budget/prior\\_future/fin\\_framework\\_de.htm](http://ec.europa.eu/budget/prior_future/fin_framework_de.htm)).

Die EU-Mitgliedschaft bedeutet auch die Einbindung in den EU-Haushalt, der laut Lisabon-Vertrag EUV Art. 3 Abs. 3 "Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten" zum Ziel hat. Das impliziert eine Umverteilung von den reichen zu den armen Mitgliedsländern mit Mitteln der Struktur- und Regionalpolitik.

Österreich ist als viertreichstes Land der EU 27 (Abbildung 2) daher ein Nettozahler. Am höchsten war der Nettobeitrag an den EU-Haushalt mit 0,44% des BIP 1995 bzw. 0,43% 1997. Seit 2001 liegt er durchwegs unter 0,2% des BIP. Teilweise hat Österreich gelernt, mehr Mittel abzurufen (insbesondere unter dem Titel "ländliche Entwicklung"), teilweise wurden für die Nettozahler die Vergütungen für die Zolleinhebung usw. ausgeweitet. Auch im Rahmen der EU 27 bleibt Österreich Nettozahler im Ausmaß von jährlich rund 0,3% des BIP. Laut Schätzungen des Finanzministeriums wird die EU-Erweiterung für Österreich "Kosten" im Ausmaß von 0,1% des BIP verursachen. Dies ergibt sich aus der Zunahme der Nettozahlerposition zwischen der Finanzperiode 2007/2013 und jener 1999/2006.

Das Binnenmarktprogramm ist sehr komplex. Hier wird versucht, die Kernbereiche der zu erwartenden theoretischen Integrationseffekte (Breuss, 2006B, S. 367ff, 2007C, S. 254-258) in den Simulationen zu erfassen. Die ermittelten Effekte sind wie in den vielen Ex-ante-Studien (siehe die Zusammenfassung in Breuss, 2006A, 2006B, Kapitel 12) daher nur Anhaltspunkte über die mögliche Größenordnung der Integrationseffekte. Ex-post-Schätzungen werden zusätzlich dadurch erschwert, dass die realisierten Werte viele andere Effekte enthalten (z. B. einander überlagernde Integrationsschritte).

- *Intensivierung des Wettbewerbs:* Die Verschärfung des Wettbewerbs drückt das Preisniveau, beeinflusst das reale BIP aber kaum, wie detaillierte Studien zu den Wettbewerbseffekten der Binnenmarktteilnahme auf aggregierter Ebene bestätigen (Badinger – Breuss, 2005). Der Wettbewerbseffekt wird hier durch die Dummy-Variable *markup* berücksichtigt.
- *Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten:* Die Steigerung der F&E-Quote erhöht die gesamte Faktorproduktivität und beeinflusst direkt das reale BIP. Auch durch die Möglichkeit, an den Rahmenprogrammen der EU teilzunehmen, stieg die Forschungs- und Entwicklungsquote seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich. Sie erreichte 2008 mit 2,66% ihren Höchstwert; die Wirtschaftskrise verlangsamte 2009 die Dynamik. Das Ziel der Lissabon-Strategie einer Steigerung der F&E-Quote auf 3% des BIP wird damit bis 2010 nicht erfüllt werden. Im Modell wird die Steigerung der F&E-Quote nach dem Beitritt über eine Beitritts-Dummy-Variable abgebildet.
- *Handels- und FDI-Effekte:* Die Teilnahme am EG-Binnenmarkt ermöglicht einen zollfreien Warenaustausch ohne Grenzkontrollen (Abbildung 3, Übersicht 1). Sie hatte aber in Österreich eher eine Zunahme des Importdruckes als eine Steigerung der Exporte in die EU zur Folge. Daher verschlechterte sich die Handels- und Leistungsbilanz mit der EU 15 (Abbildungen 4 und 5). Erst die Ostöffnung, aber vor allem die EU-Erweiterung verbesserte die Nettoexportposition Österreichs deutlich. Die einheitliche Rechtslage in der EU begünstigt auch ausländische Direktinvestitionen. Im Gefolge des EU-Beitritts nahmen die Direktinvestitionsimporte wesentlich stärker zu als die FDI-Exporte. Der Standort Österreich wurde durch den EU-Beitritt für ausländische Investoren deutlich attraktiver (Abbildungen 6 und 7). Erst Ostöffnung und EU-Erweiterung ermöglichten es der österreichischen Wirtschaft, die Direktinvestitionsexporte stärker zu steigern als die FDI-Importe. In den Modellsimulationen werden die Handels- und FDI-Effekte mit Dummy-Variablen für den EU-Beitritt berücksichtigt.

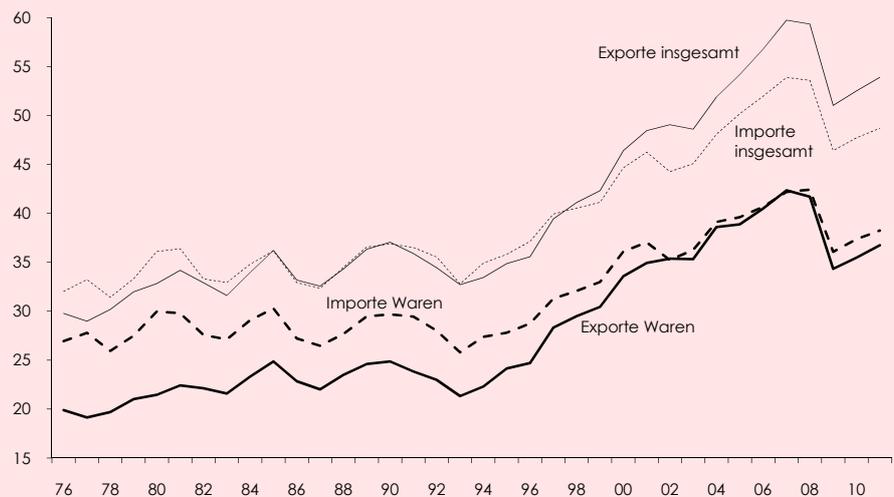
Durch die Intensivierung des Wettbewerbs, die Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie die Handels- und FDI-Effekte war die Veränderungsrate des realen BIP pro Jahr um 0,1 Prozentpunkt höher als im Basisszenario.

---

### Simulation der Integrationseffekte durch Binnenmarktteilnahme

Abbildung 3: Zunehmende Globalisierung Österreichs durch den Außenhandel

In % des BIP



Q: WIFO. Ab 2009: WIFO-Prognose vom Dezember 2009.

Übersicht 1: Zunahme der Ostorientierung des österreichischen Außenhandels

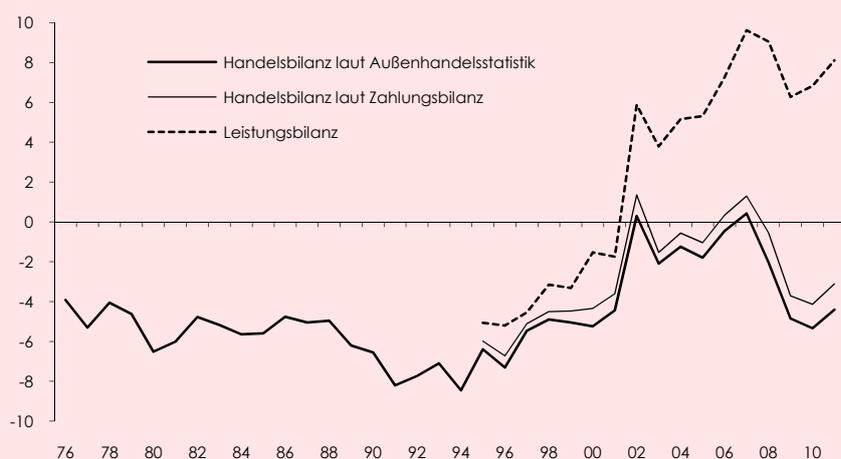
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009 Jänner bis Oktober
	In % der Gesamtexporte							
EU 27 <sup>1)</sup>	71,6	67,6	75,3	77,2	74,7	73,2	72,2	71,3
EU 15	61,0	60,1	67,9	65,9	61,1	58,5	54,6	55,0
12 neue EU-Länder <sup>1)</sup>	10,6	7,5	7,4	11,3	13,6	14,6	17,6	16,3
MOEL 10 <sup>1)</sup>	10,5	7,4	7,3	11,2	13,5	14,5	17,5	16,2
MOEL 29	14,0	12,1	10,4	14,2	16,5	19,3	23,7	21,8
Bulgarien	0,7	0,8	0,3	0,3	0,3	0,5	0,8	0,6
Rumänien	1,1	0,3	0,2	0,4	0,7	1,5	2,0	1,8
Polen	2,7	1,2	0,9	1,4	1,6	2,0	2,8	2,7
Ungarn	2,2	2,6	2,2	3,6	5,0	3,4	3,6	3,1
Frühere CSFR	1,4	1,1	1,9	3,7	4,0	4,8	5,8	5,6
Tschechien <sup>1)</sup>	1,1	0,8	1,4	2,7	2,9	3,1	3,7	3,6
Slowakei <sup>1)</sup>	0,4	0,3	0,5	1,0	1,1	1,7	2,0	2,0
Früheres Jugoslawien	3,3	2,3	2,7	2,8	3,3	3,9	4,5	4,4
Slowenien <sup>1)</sup>	2,3	1,3	1,7	1,7	1,8	1,8	2,2	2,2
Baltikum (Estland, Lettland, Litauen) <sup>1)</sup>	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,5	0,4	0,3
Malta und Zypern <sup>1)</sup>	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Andere Länder (Welt – EU 27)	28,4	32,4	24,7	22,8	25,3	26,8	27,8	28,7
BRIC			2,4	2,9	2,3	3,7	5,2	5,5

Q: WIFO-Berechnungen. MOEL 10 . . . Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, MOEL 29 . . . MOEL 10 + GUS + Balkanländer, BRIC . . . Brasilien, Russland, Indien, China. – <sup>1)</sup> 1980 bis 1990: WIFO-Schätzungen.

- Produktivitätsschock:** In allen Ex-ante-Berechnungen der Integrationseffekte des Binnenmarktes spielt die Produktivitätsentwicklung eine große Rolle. Der Cecchini-Bericht (*Catinat – Donni – Italianer, 1988*) geht in den ursprünglichen Simulationen davon aus, dass die Produktivität durch die Anpassung an den intensiveren Wettbewerb anfangs relativ zur Basislösung sinkt und erst später die dynamischen Integrationseffekte mit einer Beschleunigung von Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum einsetzen. Dieses Muster wurde auch hier berücksichtigt, ausgehend von der Tatsache, dass die gesamte Faktorproduktivität in Österreich seit 1995 um etwa  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt rascher stieg als im EU-Durchschnitt. Tatsächlich bewirkt der Produktivitätsschock den größten Wachstumsimpuls für das reale BIP, nämlich rund +0,4 Prozentpunkte pro Jahr.

Abbildung 4: Österreichs Handels- und Leistungsbilanz

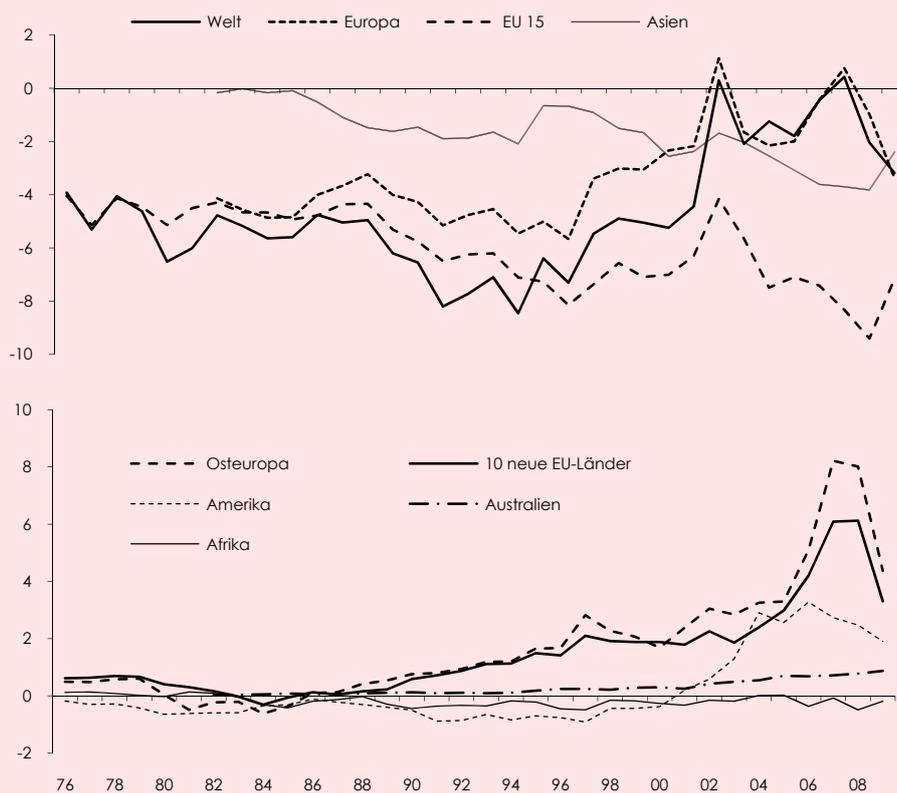
Mrd. €



Q: WIFO. Ab 2009: WIFO-Prognose vom Dezember 2009.

Abbildung 5: Österreichs Handelsbilanz nach Kontinenten und Regionen

Mrd. €



Q: WIFO, FIW. 10 neue EU-Länder: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. Osteuropa: 10 neue EU-Länder, GUS und Balkanländer.

- Nettozahlerposition:** Hier wurde im Modell die tatsächliche Entwicklung der österreichischen Nettozahlerposition seit 1995 berücksichtigt. Sie beeinflusst nicht das BIP, sondern nur die Budgetsituation. Die Auswirkungen der Regional- und Strukturfördermittel werden von Mayerhofer – Fritz (2009) per Saldo als positiv bewertet; sie sind in den vorliegenden Berechnungen implizit in den Produktivitätseffekten enthalten.

Abbildung 6: Zunahme der Globalisierung Österreichs durch Direktinvestitionen

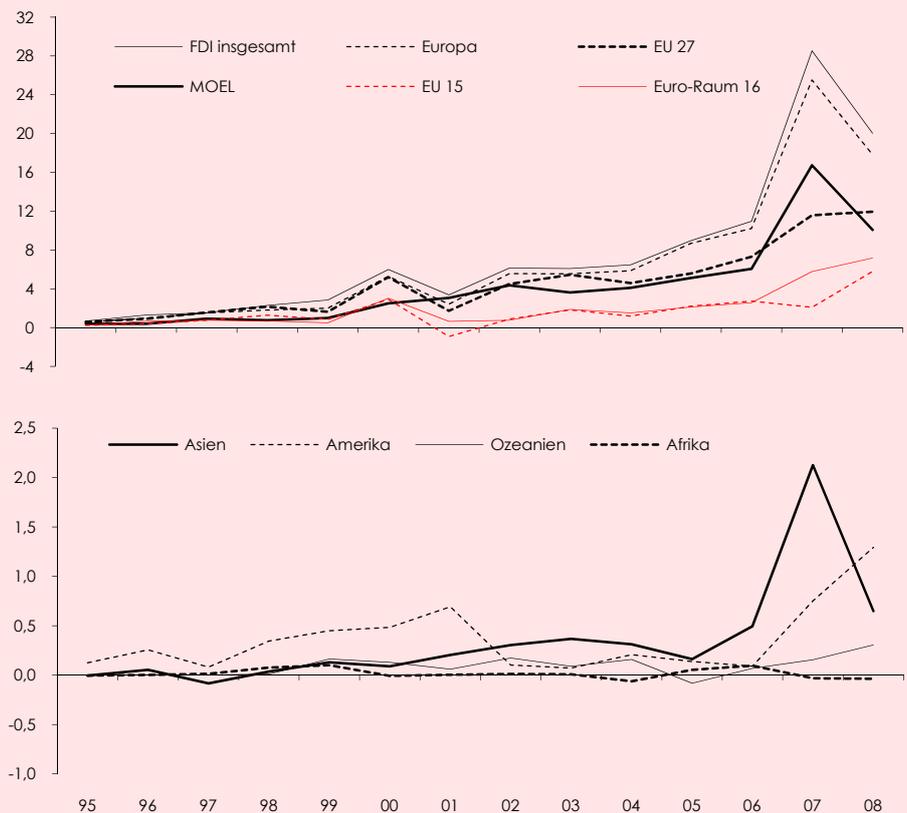
In % des BIP



Q: OeNB, FDI aktiv . . . Direktinvestitionen Österreichs im Ausland, FDI passiv . . . Direktinvestitionen des Auslands in Österreich.

Abbildung 7: Präsenz österreichischer Unternehmen auf den "Emerging Markets" in Osteuropa

FDI aktiv in Mrd. €



Q: OeNB.

Österreichs EU-Mitgliedschaft verstärkte das Wachstum des realen BIP insgesamt um rund 0,6 Prozentpunkte pro Jahr. In den 15 Jahren seit dem EU-Beitritt wurden in Österreich jährlich rund 14.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen (Übersicht 3).

## Teilnahme an der WWU und gemeinsame Währung

Mit der Schaffung der WWU 1999 und der Einführung der gemeinsamen Währung 2002 erreichte die EU die vorläufig höchste Integrationsstufe. Weitere Integrations-schritte wären eine noch stärkere Harmonisierung bzw. Zentralisierung aller Politikbe-reiche bis hin zur Schaffung der "Vereinigten Staaten von Europa". Dass ein solcher Schritt derzeit utopisch ist, zeigen die ablehnende Haltung der meisten EU-Länder gegenüber einem "Bundesstaat Europa" und die Ablehnung des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005, in dem die Bevölkerung Elemente eines europäischen Bundesstaates vermutete. Der Lissabon-Vertrag konnte denn auch erst in Kraft gesetzt werden, nachdem alle Hinweise auf einen möglichen Bundesstaat Europa (bis hin zu den "Symbolen für Europa") elimi-niert worden waren.

Mit der Schaffung der WWU wurde nach den eher mikroökonomischen Harmonisie-rungsschritten (z. B. Gemeinsame Wettbewerbspolitik) die makroökonomische Politik teilweise zentralisiert (die Geldpolitik durch die EZB) bzw. einem Koordinierungszwang unterworfen (Fiskalpolitik durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt; Breuss, 2009A, 2009B). Der Euro-Raum umfasst mit erst 16 von 27 EU-Ländern bisher weniger Mitglie-der als der Binnenmarkt der erweiterten EU.

Ähnlich wie in den Berechnungen von Breuss (2009A, S. 76) mit dem Weltmakromo-dell von Oxford Economic Forecasting werden die WWU-Integrationeffekte für Ös-terreich hier mit dem Integrationsmodell (siehe Anhang) für die Periode 1999 bis 2010 simuliert. Drei Einflussfaktoren werden berücksichtigt:

- *Fiskalpolitik:* Der Eintritt in die WWU zwang Österreich (wie alle anderen EU-Län-der, die an der WWU teilnehmen wollten), die öffentlichen Haushalte entspre-chend den Konvergenzkriterien zu sanieren und das Finanzierungsdefizit unter 3% des BIP zu drücken. Wäre das Defizit des österreichischen Staatshaushalts ohne diesen Zwang um 1 Prozentpunkt höher geblieben, so hätte die Sanierung durch die sofortige Teilnahme an der WWU das reale BIP zwar anfangs gedämpft, dann aber einen positiven Einfluss auf die Einkommensentwicklung ausgeübt. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre hatte die Budgetsanierung eine Steigerung des BIP-Wachstums um rund 0,1 Prozentpunkt pro Jahr zur Folge (gegenüber ei-nem Szenario ohne WWU), weil die Budgetsanierung den Crowding-out-Effekt für Privatinvestoren vermindert und positiv zur Kapitalbildung beiträgt.
- *Wechselkurseffekt:* Vor Eintritt in die WWU wertete Österreich den Schilling ge-genüber dem ECU und auch real gegenüber den Handelspartnern stetig kräftig auf; dies schwächte die Wettbewerbsposition. Mit Inkrafttreten der Währungsuni-on fiel dieser Effekt weg, und Österreich gewann an Wettbewerbsfähigkeit (realer effektiver Wechselkurs rund 6 Indexpunkte). Unter der vorsichtigen Annahme, dass der Abwertungseffekt seit 1999 geringer gewesen wäre, d. h. der reale ef-fektive Wechselkurs Österreichs seit 1999 um 1 Prozentpunkt schwächer gesunken wäre (Österreich aufgewertet hätte), ergibt sich insgesamt kaum ein Einfluss auf das reale BIP (+0,01 Prozentpunkt pro Jahr), allerdings eine Verbesserung der Leis-tungsbilanz. Der Aufwertungseffekt ist hier aber möglicherweise zu gering ange-setzt.
- *Produktivitätseffekt:* Sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die gesamte Faktor-produktivität (TFP) stiegen in Österreich seit 1999 kräftiger als im Durchschnitt des Euro-Raums (TFP seit 1995 rund +¼ Prozentpunkt gegenüber dem Durchschnitt der EU 15). Dieser Produktivitätsvorsprung hielt bis zuletzt an und wurde in der Si-mulation der Effekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft bereits berücksichtigt. Hier wird zudem der zusätzliche WWU-Effekt berücksichtigt, der sich aus einer stärkeren Zunahme der F&E-Ausgaben seit 1999 (Dummy-Variable in der F&E-Gleichung) ergab und im Modell indirekt auch die TFP-Entwicklung beeinflusst. Daraus resultiert ein zusätzlicher Anstieg des realen BIP seit 1999 um rund 0,4 Prozentpunkte pro Jahr. Damit ist der Produktivitätseffekt – wie in den Simula-tionen der Effekte der EU-Mitgliedschaft – der stärkste Einzelwachstumseffekt der Schaffung der WWU. Er überzeichnet in den Simulationen möglicherweise die tat-sächliche Entwicklung etwas.
- *Gesamteffekte:* In den elf Jahren seit 1999 verzeichnete Österreich ein Wirt-schaftswachstum von 1,8% pro Jahr. Die drei simulierten Effekte der WWU-Teilnah-

me ergeben einen Wachstumsimpuls von +0,4 Prozentpunkten pro Jahr (Übersicht 3). Durch die Teilnahme an der WWU und die Euro-Einführung dürften rund 10.000 neue Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen worden sein. Diese Simulationen können die komplexen WWU-Effekte allerdings nur näherungsweise wiedergeben. Als dämpfender Effekt wäre zu berücksichtigen, dass aufgrund der zentralen Geldpolitik der EZB der Realzinssatz in Österreich seit 1999 um fast  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt höher war als im Durchschnitt des Euro-Raumes, allerdings kaum höher als im Durchschnitt der EU 15 und niedriger als in Deutschland (+0,6 Prozentpunkte gegenüber dem Euro-Raum). Ob ohne WWU-Teilnahme nicht ein ähnliches Muster für Österreich zu verzeichnen gewesen wäre, ist allerdings offen.

### Die fünfte EU-Erweiterung

Mit der EU-Erweiterung 2004 um 10 und 2007 um zwei weitere Länder wurden der Binnenmarkt ausgeweitet und die Möglichkeiten zum Freihandel vergrößert. Von dieser Erweiterung profitierte Österreich relativ am meisten unter den Ländern der EU 15. Ex-ante-Modellberechnungen (Breuss, 2001, 2002) ermittelten als Folge eine zusätzliche Steigerung des realen BIP um rund 0,2% pro Jahr. Die Integrationseffekte verteilen sich auf die Länder der EU 15 und die neuen EU-Länder ungefähr im Verhältnis 1 : 10, d. h. in den neuen EU-Ländern wächst die Wirtschaft nach dem EU-Beitritt pro Jahr um rund 1 Prozentpunkt rascher als zuvor, in der EU 15 um rund 0,1 Prozentpunkt. Für den Beitritt von Bulgarien und Rumänien (Breuss, 2009E) ergeben sich für beide Länder Integrationseffekte von rund  $+\frac{1}{2}$  Prozentpunkt pro Jahr, während die Länder der EU 15 davon kaum profitieren (Österreich +0,05 Prozentpunkte p. a.).

In der Neuberechnung mit dem Integrationsmodell (siehe Anhang) gehen die Integrationseffekte der EU-Erweiterung 2004/2007 nur als zusätzlicher Handels- und FDI-Impuls (Wegfall der Grenzkontrollen, Eintritt in die Zollunion der EU, Anpassung an den *acquis communautaire* und damit Rechtssicherheit für Direktinvestitionen) durch Dummy-Variable in die Gleichungen für die Exporte und Importe bzw. für die FDI-Exporte ein. Die Effekte einer Ausweitung des Binnenmarktes wurden bereits in den Simulationen für die Ostöffnung berücksichtigt. Sie wirken bis in die jüngste Zeit nach.

Die EU-Erweiterung 2004 löste demnach in Österreich einen jährlichen Zuwachs des realen BIP von 0,4 Prozentpunkten aus (Übersicht 3). Damit verbunden war die zusätzliche Schaffung von rund 9.000 Arbeitsplätzen pro Jahr. Im Gegensatz zur Einzelsimulation der Effekte der Ostöffnung sind hier die Exporteffekte geringer als die Importeffekte, die FDI-Exporte wurden dagegen stärker ausgeweitet. Während die Ostöffnung zu einer Senkung der Lohnquote beitrug, ist in der kurzen Zeit seit der EU-Erweiterung 2004/2007 kein Rückgang zu beobachten. Die Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte durch eine 7-jährige Übergangsregelung hat Österreich zwar aus politischen Gründen aktiv betrieben (und die meisten anderen Mitgliedsländer, vor allem Deutschland damit überzeugt), ökonomisch wäre eine volle Freizügigkeit allerdings vorteilhafter gewesen. Laut einer Studie der Europäischen Kommission (D'Auria – Mc Morrow – Pichelmann, 2008), die in Simulationen mit dem QUEST-Modell die tatsächliche Zuwanderung aus den neuen EU-Ländern nach Österreich zwischen 2004 und 2007 von 26.000 Personen berücksichtigt (0,5% der Beschäftigten in Österreich), würde dadurch das Niveau des realen BIP mittelfristig um 0,35% gesteigert; allerdings würde das Niveau des BIP pro Kopf um 0,1% sinken.

### Gesamteffekte

Österreich ist als kleine Volkswirtschaft stärker vom Zugang zu einem größeren Markt ohne Handels- und sonstige Schranken abhängig als große Länder. Die Wirtschaft hat deshalb von der stetigen Ausweitung der Handelsmöglichkeiten nach Osteuropa durch die Ostöffnung und durch die Teilnahme am wachsenden EU-Binnenmarkt sehr profitiert. Im gesamten Zeitraum seit der Ostöffnung 1989 wuchs das reale BIP in Österreich um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr rascher als im Durchschnitt der EU 15. Der Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland und der Schweiz beträgt sogar 0,8 Prozentpunkte. Nur in den USA war ein etwas stärkeres Wachstum zu verzeichnen. Ein ähnlicher Vorsprung ergab sich für die anderen Unterperioden (EU-Mitgliedschaft, WWU-Teilnahme und EU-Erweiterung; Übersicht 2). Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 dämpfte die Dynamik nicht nur in den Ländern der EU 15, sondern insbesondere in den neuen EU-Ländern erheblich (Übersicht 2).

## Übersicht 2: Entwicklung des realen BIP in verschiedenen Integrationsphasen

	Ostöffnung		EU-Mitgliedschaft		WWU-Teilnahme		EU-Erweiterung		Wirtschaftskrise	
	1989/2010	1989/2007	1995/2010	1995/2007	1999/2010	1999/2007	2004/2010	2004/2007	2008/2011	2009
Österreich	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,7	+ 3,0	+ 0,4	- 3,4
EU 27	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,6	- 0,3	- 4,1
EU 15	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,0	+ 2,4	- 0,4	- 4,1
12 neue EU-Länder	+ 1,9	+ 2,2	+ 3,5	+ 4,3	+ 3,4	+ 4,5	+ 3,3	+ 5,8	+ 0,9	- 3,9
Deutschland	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,9	- 0,2	- 5,0
Schweiz	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 3,1	+ 0,1	- 2,4
USA	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,5	- 2,5

Q: WIFO-Berechnungen, Europäische Kommission.

In Österreich fiel der Konjunkturerbruch dank massiver fiskalpolitischer Interventionsmaßnahmen (Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2009) geringer aus. Die neuen EU-Länder verfügten nicht über ausreichende Mittel für solche Interventionen, einige von ihnen mussten sogar rasch die Hilfe internationaler Organisationen (IWF, EU, Weltbank, EBRD) in Anspruch nehmen.

Durch die zeitliche Parallelität von Ostöffnung, EU-Beitritt, WWU und EU-Erweiterung überlagern einander die Integrationseffekte der einzelnen Integrations Schritte teilweise. Daher kann man die verschiedenen Integrationseffekte nicht einfach addieren. In der vorliegenden Neuberechnung wurden deshalb die Effekte der einzelnen Integrations Schritte mit einem einheitlichen Integrationsmodell separat berechnet und auch eine Gesamtbewertung unter Einbeziehung aller erfassten Integrationsimpulse simuliert.

## Übersicht 3: Effekte verschiedener Integrations Schritte für Österreich

	Ostöffnung	EU-Beitritt	Schaffung der WWU	EU-Erweiterung	Insgesamt
	1989/2010	1995/2010	1999/2010	2004/2010	1989/2010
	Durchschnittliche zusätzliche Veränderung in % p. a.				
BIP, real	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,9
Gesamte Faktorproduktivität (TFP)	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
Kapitalstock	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5
Erwerbstätige	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5
In 1.000	+ 3,8	+ 14,1	+ 9,8	+ 9,1	+ 19,0
Unselbständig Beschäftigte, in 1.000	+ 3,4	+ 12,6	+ 8,7	+ 8,1	+ 17,0
Inflationsrate (HVPI), in Prozentpunkten	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,2
Lohnstückkosten	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Exporte, real	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,3	+ 0,9
Importe, real	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,8
Verfügbares persönliches Einkommen, real	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,9
BIP pro Kopf, real	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,0
Einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,0
Relativ zum Durchschnitt der EU 15	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,1
	Durchschnittliche zusätzliche Veränderung in Prozentpunkten				
Arbeitslosenquote	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,7
Exportquote, in % des BIP	+ 3,1	- 0,6	- 1,4	+ 2,7	+ 3,1
Importquote, in % des BIP	+ 2,3	+ 3,7	+ 1,4	+ 3,9	+ 6,1
Leistungsbilanz, in % des BIP	+ 0,9	- 4,3	- 2,8	- 1,2	- 3,0
FDI-Exporte, in % des BIP	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,4	+ 0,8
FDI-Importe, in % des BIP	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,9
Zinssatz, kurzfristig	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,1
Finanzierungssaldo des Staates, in % des BIP	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,5
Einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt, in % des BIP	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,4
Lohnquote (Bruttolohn- und -gehaltssumme), in % des BIP	- 0,5	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6

Q: WIFO-Berechnungen mit dem Integrationsmodell (siehe Anhang).

Insgesamt (Übersicht 3) bewirkten die Integrations Schritte in Österreich pro Jahr einen zusätzlichen Anstieg des realen BIP um 0,9% und die Schaffung von rund 20.000 Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosenquote sank um jährlich 0,7 Prozentpunkte, die Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte. Die Importquote erhöhte sich insgesamt stärker als

die Exportquote. Der gesamte Integrationsprozess trug zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz bei, die vor allem auf die EU-Mitgliedschaft und die WWU-Teilnahme zurückgeht. Die Ostöffnung setzte hier positive Impulse. Ostöffnung und EU-Erweiterung vergrößern die Chancen und Möglichkeiten Österreichs, an der Globalisierung (in Osteuropa an der "Mini-Globalisierung") aktiv teilzunehmen. Der Wohlstand Österreichs wurde insgesamt um über 1 Prozentpunkt pro Jahr stärker gesteigert als im Durchschnitt der EU 15.

## Schlussfolgerungen

In den 15 Jahren seit Österreichs EU-Beitritt veränderte sich die politische und wirtschaftliche Landschaft Europas im Gefolge der Ostöffnung 1989. Die EU-Integration schritt durch Schaffung der WWU und Einführung der gemeinsamen Währung voran. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Planwirtschaften 1989 musste sich die EU auf das Risiko der Osterweiterung einlassen. Obwohl als Alternative die Konstruktion der "Europäischen Nachbarschaft" zur Verfügung steht, wird der Prozess der EU-Erweiterung fortgesetzt. Unter den Balkanländern sind Kroatien und Mazedonien Beitrittskandidaten, die anderen (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kosovo) potentielle Kandidatenländer, ebenso seit kurzem Island. Auch die Türkei ist ein Beitrittskandidat.

Um die Integrationseffekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft von jenen zu trennen, die durch die gleichzeitig ablaufenden anderen Integrations Schritte (Ostöffnung, WWU-Teilnahme, EU-Erweiterung) induziert wurden, wurde ein eigenes Integrationsmodell entwickelt. Die EU-Mitgliedschaft brachte Österreich erwartungsgemäß die größten Einzelintegrationseffekte, weil sie mit zahlreichen Änderungen und Anpassungen verbunden war. Die Teilnahme am Binnenmarkt und damit auch an der Zollunion der EU (Gemeinsame Handelspolitik), einheitliche Regelungen der Wettbewerbspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik, die vereinheitlichte Regional- und Strukturpolitik trugen zur Effizienzsteigerung und Handelsausweitung bei und erhöhten die Chancen, von der Globalisierung zu profitieren, entscheidend. Die Teilnahme an der WWU und die Einführung der gemeinsamen Währung verstärkten diese Effekte noch. Die Ausweitung des Binnenmarktes durch die fünfte EU-Erweiterung um Nachbarländer begünstigte die Öffnung Österreichs für Handel und Direktinvestitionen zusätzlich. Österreich, das zuvor durch den Eisernen Vorhang von den Märkten im Osten abgeschottet war, liegt nun im Zentrum Europas und nimmt voll an der durch Ostöffnung und EU-Erweiterung entstandenen "Mini-Globalisierung" in Europa teil.

Die 15-jährige Mitgliedschaft Österreichs in der EU ist eine Erfolgsgeschichte. Sie brachte Österreich einen zusätzlichen Wachstumsimpuls von jährlich 0,6 Prozentpunkten und ermöglichte die Schaffung von 14.000 neuen Arbeitsplätzen. Trotz dieser ökonomischen Vorteile scheint die Bevölkerung die EU-Zugehörigkeit nach wie vor nicht sehr zu schätzen. Die Zustimmung beträgt nur 42%, im EU-Durchschnitt dagegen 53%. Auch EU-Skeptiker anerkennen aber, dass der "Schutzschirm Euro" und die mit der Teilnahme an der WWU verbundene Einbindung in die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in der EU maßgeblich dazu beigetragen haben, dass Österreich die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ohne schweren Konjunkturunbruch bewältigte. Das hat die EU-Skepsis in Österreich vorübergehend etwas in den Hintergrund gedrängt.

## Anhang: Integrationsmodell

### Gleichungen

Produktionsfunktion (Cobb-Douglas):

$$BIP = TFP K^\alpha L^{1-\alpha}$$

Gesamte Faktorproduktivität (TFP):

$$d \log (TFP) = f (d \log (AP), d (F \& E), d (XQ), d (FDIX), d \log TFP_{-1})$$

Forschungs- und Entwicklungsausgaben (F&E):

$$F \& E = f (Trend \ 1960/2011, DEU95, DEURO99, F \& E_{-1})$$

Inlandspreis (Deflator des privaten Konsums):

$$d \log (PK) = f (d \log (VPI))$$

Inlandspreis (Verbraucherpreise, nationale Definition, VPI):

$$d \log (VPI) = f (DMU, d \log (ULC), DMU, d \log (PM), d \log (HVPI_{-1}))$$

Inlandspreis (Verbraucherpreise, harmonisiert, HVPI):

$$d \log (HVPI) = f (DMU, d \log (VPI))$$

BIP-Deflator:

$$d \log (PBIP) = f (d \log (VPI), d \log (PX), d \log (PM))$$

Pro-Kopf-Löhne (Phillips-Kurve):

$$d \log (WB) = f \left( d \log (VPI), d \log (AP), \frac{1}{U} \right)$$

Löhne und Gehälter:

$$WN = \frac{WB \cdot B}{1.000}$$

Taylor-Regel für den Euro-Raum:

$$RK_{EA} = f (2 + d \log (HVPI_{EA}), 0,5 (d \log (HVPI) - 2,7), 0,5 (d \log (BIP_{EA}) - 2,5))$$

Kurzfristiger Zinssatz:

$$RK = f (RK_{EA}, d \log (HVPI))$$

Langfristiger Zinssatz:

$$RL = f (RK, d \log (HVPI), RL_{-1})$$

Kapitalnachfrage (privater Sektor):

$$d \log (K) = f (d (BUD), d \log (BIP), (d \log (WB) - RL), d \log (K_{-1}))$$

Nachfrage nach Arbeitskräften insgesamt:

$$d \log (L) = f (d \log (BIP), d \log (WB_{-1}), d \log (L_{-1}))$$

Nachfrage nach unselbständigen Arbeitskräften:

$$d \log (B) = f (d \log (L))$$

Arbeitsproduktivität:

$$AP = \frac{BIP}{L}$$

Lohnstückkosten:

$$ULC = \frac{WN}{BIP}$$

Arbeitslosenquote (Okun-Beziehung):

$$d U = f (d \log (BIP), d \log (POP_{-1}))$$

Exporte insgesamt, real:

$$\log (X) = f ((\log (BIP_{EU}), \log (RWK_{-1})), FDIX, DEU95, DEU97, DENL04)$$

Exporte insgesamt, nominell:

$$XN = X \frac{PX}{100}$$

Exportquote:

$$XQ = \frac{XN}{BIPN} 100$$

Importe insgesamt, real:

$$\log (M) = f (\log (BIP), FDIM, DEU95, DEA97, DENL04)$$

Importe insgesamt, nominell:

$$MN = M \frac{PM}{100}$$

Importquote:

$$MQ = \frac{MN}{BIPN} 100$$

Leistungsbilanz:

$$LB = XN - MN$$

Leistungsbilanz in % des BIP:

$$LBY = \frac{XN - MN}{BIPN} 100$$

Direktinvestitionen Österreichs im Ausland:

$$FDIX = f(X, DEA97, DENL04, DENL07)$$

Ausländische Direktinvestitionen im Inland:

$$FDIM = f(M, DEU95, DENL07)$$

Verfügbares persönliches Einkommen, nominell:

$$YDN = f(BIPN, YDN_{-1})$$

Verfügbares persönliches Einkommen, real:

$$YD = \frac{YDN}{\frac{PK}{100}}$$

BIP, nominell:

$$BIPN = BIP \frac{PBIP}{100}$$

Wohlfahrtsmaß 1 (BIP pro Kopf, real):

$$BIPPC = \frac{BIP \cdot 1.000.000}{POP}$$

Wohlfahrtsmaß 1A (BIP pro Kopf, zu Kaufkraftstandards):

$$BIPPCKKS = f(BIPPC, BIPPCKKS_{-1})$$

Wohlfahrtsmaß 2 (BIP pro Kopf, real, einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt):

$$BIPPCNZ = \frac{\left( BIP + \frac{NZ}{\frac{PBIP}{100}} \right) \cdot 1.000.000}{POP}$$

Wohlfahrtsmaß 2A: BIP pro Kopf, zu Kaufkraftstandards, einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt:

$$BIPPCKKSNZ = BIPPCKKS + \frac{\frac{NZ}{\frac{PBIP}{100}} \cdot 1.000.000}{POP}$$

BIP pro Kopf, zu Kaufkraftstandards, Österreich in % der EU 15:

$$BIPPCATEU = \frac{BIPPCKKS}{BIPPCKKS_{EU}} \cdot 100$$

Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors in % des BIP:

$$BUD = f(d \log(BIP), DELEC, BUD_{-1})$$

Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt:

$$BUDEU = BUD + NZY$$

Budgetbeziehungen Österreich–EU

$$NZ = \frac{NZY \cdot BIPN}{100}$$

Lohnquote:

$$LQ = f((XQ - MQ), d(FDIX - FDIM), LQ_{-1})$$

### Variable

$\alpha$	Faktoranteile am Nettonationaleinkommen,
$AP$	Arbeitsproduktivität (BIP je Beschäftigten, real),
$B$	unselbständig Beschäftigte,
$BIP$	BIP, real,
$BIP_{EA}$	BIP, real, Euro-Raum
$BIP_{EU}$	BIP, real, EU 27,
$BIPN$	nominelles BIP,
$BIPPC$	Wohlfahrtsmaß 1 (BIP pro Kopf, real),
$BIPPCATEU$	BIP pro Kopf, zu Kaufkraftstandards, Österreich in % der EU 15,
$BIPPCKKS$	Wohlfahrtsmaß 1A (BIP pro Kopf, zu Kaufkraftstandards),
$BIPPCKKS_{EU}$	BIP pro Kopf, zu Kaufkraftstandards, EU 15,
$BIPPCKKSNZ$	Wohlfahrtsmaß 2A (BIP pro Kopf, zu Kaufkraftstandards, einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt),
$BIPPCNZ$	Wohlfahrtsmaß 2 (BIP pro Kopf, real, einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt),
$BUD$	Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors, in % des BIP,
$BUDEU$	Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors, in % des BIP, einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt,
$d$	Veränderung gegen das Vorjahr absolut,
$d \log$	Veränderung gegen das Vorjahr in %,
$DEA97$	Dummy-Variable für Europa-Abkommen,
$DELEC$	Dummy-Variable für Nationalratswahlen,
$DENL04$	Dummy-Variable für die EU-Erweiterung 2004,
$DENL07$	Dummy-Variable für die EU-Erweiterung 2007,
$DEU95$	Dummy-Variable für den EU-Beitritt,
$DEURO99$	Dummy-Variable für die WWU-Teilnahme,
$DMU$	Dummy-Variable für den Preiswettbewerb (Mark-up),
$F\&E$	Forschungs- und Entwicklungsausgaben, in % des BIP,
$FDIM$	Direktinvestitionsimporte, in % des BIP,
$FDIX$	Direktinvestitionsexporte, in % des BIP,
$HVPI$	harmonisierter Verbraucherpreisindex,
$HVPI_{EA}$	harmonisierter Verbraucherpreisindex, Euro-Raum,
$K$	Kapitalstock, real,
$L$	Beschäftigte, insgesamt,
$LB$	Leistungsbilanz,

<i>LBY</i>	Leistungsbilanz in % des BIP,
<i>LQ</i>	Löhne und Gehälter, in Relation zum nominellen BIP $\left( \frac{WN}{BIPN} \right)$ ,
<i>M</i>	Importe insgesamt, real,
<i>MN</i>	Importe insgesamt, nominell,
<i>MQ</i>	Importquote (Importe insgesamt in % des BIP),
<i>NZ</i>	Nettozahlungen an den EU-Haushalt,
<i>NZY</i>	Nettozahlungen an den EU-Haushalt, in % des BIP,
<i>PBIP</i>	Deflator des BIP,
<i>PK</i>	Deflator des privaten Konsums,
<i>PM</i>	Deflator der Importe insgesamt,
<i>POP</i>	Bevölkerung,
<i>PX</i>	Deflator der Exporte insgesamt,
<i>RK</i>	kurzfristiger Zinssatz,
<i>RK<sub>EA</sub></i>	kurzfristiger Zinssatz, Euro-Raum,
<i>RL</i>	langfristiger Zinssatz,
<i>RWK</i>	real-effektiver Wechselkurs,
<i>TFP</i>	gesamte Faktorproduktivität (technischer Fortschritt),
<i>Trend1960/2011</i>	linearer Zeittrend,
<i>U</i>	Arbeitslosenquote (laut Eurostat),
<i>ULC</i>	Lohnstückkosten (Lohnsumme in % des realen BIP),
<i>VPI</i>	Verbraucherpreisindex (nationale Definition),
<i>WB</i>	Löhne der unselbständig Beschäftigten, pro Kopf,
<i>WN</i>	Löhne und Gehälter,
<i>X</i>	Exporte insgesamt, real,
<i>XN</i>	Exporte insgesamt, nominell,
<i>XQ</i>	Exportquote (Exporte insgesamt in % des BIP),
<i>YD</i>	verfügbares persönliches Einkommen, real,
<i>YDN</i>	verfügbares persönliches Einkommen, nominell,
-1	um eine Periode verzögert.

Ökonometrische Schätzungen mit dem Programm EViews 6.0 OLS

Q: Jahresdaten 1960/2011 laut AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission, Herbstprognose 2009 (wenn verfügbar), Eurostat.

## Literaturhinweise

Avis, Beitrittsantrag Österreichs, Stellungnahme der Kommission, Brüssel, 1991.

Badinger, H., Breuss, F., "Has Austria's Accession to the EU Triggered an Increase in Competition? A Sectoral Markup Study", *Empirica*, 2005, 32(2), S. 145-180.

Badinger, H., Breuss, F., Schuster, Ph., Sellner, R., "Macroeconomic Effects of the Services Directive", in Breuss, F., Fink, G., Griller, St. (Hrsg.), *Services Liberalisation in the Internal Market*, Springer-Verlag, Wien-New York, 2008, S. 125-165.

Breuss, F., "Austria's Approach towards the European Union", *EuropaInstitut an der WU-Wien, IEF Working Paper*, 1996, (1)8.

Breuss, F., "Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder", *WIFO-Monatsberichte*, 2001, 74(11), S. 655-666, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=20937&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=20937&typeid=8&display_mode=2).

Breuss, F., "Benefits and Dangers of EU Enlargement", *Empirica*, 2002, 29(3), S. 245-274.

Breuss, F. (2006A), "Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, Euro-Teilnahme und EU-Erweiterung, Wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich", *WIFO Working Papers*, 2006, (270), [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=26294&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=26294&typeid=8&display_mode=2).

- Breuss, F. (2006B), *Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration*, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main–Berlin–New York–Wien, 2006.
- Breuss, F. (2007A), "Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU", *WIFO-Monatsberichte*, 2007, 80(8), S. 641-660, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=29840&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=29840&typeid=8&display_mode=2).
- Breuss, F. (2007B), "Erfahrungen mit der fünften EU-Erweiterung", *WIFO-Monatsberichte*, 80(12), 2007, S. 933-950, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30841&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30841&typeid=8&display_mode=2).
- Breuss, F. (2007C), "Wirtschaftliche Effekte der EU-Mitgliedschaft in Finnland, Österreich und Schweden", in Luif, P. (Hrsg.), *Österreich, Schweden, Finnland: Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union*, Böhlau-Verlag, Wien–Köln–Weimar, 2007, S. 235-269.
- Breuss, F., "Die Lissabon-Strategie – Post 2010: Wie soll es weitergehen?", in Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, *Die Zukunft der Wirtschaftspolitik der EU: Beiträge zum Diskussionsprozess "Lissabon Post 2010"*, Wien, 2008, S. 127-173.
- Breuss, F. (2009A), "10 Jahre WWU – Erfolge, Schwächen und Herausforderungen", *WIFO-Monatsberichte*, 2009, 82(1), S. 61-84, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=34864&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=34864&typeid=8&display_mode=2).
- Breuss, F. (2009B), "Mangelnde "Europäisierung" der nationalen Konjunkturzyklen als Risiko für den Euro-Raum", *WIFO-Monatsberichte*, 2009, 82(2), S. 125-138, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=35201&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=35201&typeid=8&display_mode=2).
- Breuss, F. (2009C), "Economic Governance und der Lissabon-Prozess", *Wirtschaftspolitische Blätter*, Sonderausgabe "EU-Integration", 2009, S. 67-88.
- Breuss, F. (2009D), "Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung", in Stiefel, D. (Hrsg.), *Der "Ostfaktor": Österreichs Wirtschaft und die Ostöffnung 1989 bis 2009*, Schumpeter Gesellschaft, Böhlau Verlag, Wien–Köln–Weimar, 2009, S. 115-157.
- Breuss, F. (2009E), "An Evaluation of the EU's Fifth Enlargement with Special Focus on Bulgaria and Romania", *European Economy, Economic Papers*, 2009, (361).
- Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., "Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen", *WIFO-Monatsberichte*, 2009, 82(9), S. 675-686, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36767&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36767&typeid=8&display_mode=2).
- Breuss, F., Schebeck, F., *Die Vollendung des EG-Binnenmarktes. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen für Österreich. Makroökonomische Modellsimulationen*, WIFO, Wien, 1989.
- Breuss, F., Schebeck, F., "Österreich im EWR: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen", *WIFO-Monatsberichte*, 1991, 62(5), S. 285-290.
- Breuss, F., Schebeck, F., "EG-Avis. Bewertung der österreichischen Wirtschaft durch die Kommission", *Economy*, 1992, (1-2), S. 2-10.
- Breuss, F., Schebeck, F., "Ostöffnung und Osterweiterung der EU: Ökonomische Auswirkungen auf Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 1996, 69(2), S. 139-151.
- Breuss, F., Schebeck, F., "Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung für Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 1998, 71(11), S. 741-750, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=592&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=592&typeid=8&display_mode=2).
- Breuss, F., Štankovský, J., *Österreich und der EG-Binnenmarkt*, Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung, Signum-Verlag, Wien, 1988.
- Catinat, M., Donni, E., Italianer, A., "The Completion of the Internal Market: Results of Macroeconomic Model Simulations", *Europäische Kommission, Economic Paper*, 1988, (65).
- D'Auria, F., Mc Morrow, K., Pichelmann, K., "Economic Impact of Migration Flows Following the 2004 EU Enlargement Process: A Model Based Analysis", *European Economy, Economic Papers*, 2008, (349).
- Eurobarometer, *Public Opinion in the European Union, Standard-Eurobarometer 72, First Results*, Dezember 2009.
- Europäische Kommission, *Vollendung des Binnenmarktes: Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat*, KOM(85) 310, 1985.
- Europäische Kommission, *Beitrittsvertrag*, Brüssel, 12. April 1994 (Ergänzung des Berichts der Bundesregierung über das Ergebnis der Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union), Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Wien, 1994.
- Gehler, M., *Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU*, Studien Verlag, Innsbruck, 2002.
- Hummer, W., "Behinderung der Mitwirkung Österreichs an der Willensbildung in der EU – Die 'Maßnahmen der Vierzehn' gegen die österreichische Bundesregierung und ihre Konsequenzen", in Hummer, W., Obwexer, W. (Hrsg.), *10 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs: Bilanz und Ausblick*, Springer-Verlag, Wien, 2006, S. 139-220.
- Hummer, W., Schweitzer, M., *Österreich und die EWG. Neutralitätsrechtliche Beurteilung der Möglichkeiten der Dynamisierung des Verhältnisses zur EWG*, Signum-Verlag, Wien, 1987.
- Mayerhofer, P., Fritz, O., "Erste Analyse der Wirkungen der EU-Regionalpolitik in Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 2009, 82(6), S. 425-444, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36065&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36065&typeid=8&display_mode=2).
- Strauß, M., Ströhle, K.-H. (Hrsg.), *Sanktionen – 10 Jahre danach: Die Maßnahmen der Länder der Europäischen Union gegen die österreichische Regierung im Jahr 2000*, Studien-Verlag, Innsbruck, 2010.

### *15 Years of Austrian EU Membership – Summary*

Austria's 15-year EU membership has been a success story. It gave Austria an additional growth impulse of 0.6 percentage points and facilitated the creation of 14,000 new jobs. The main difficulty in estimating these integration effects consists in taking account of several simultaneous events: after the political upheaval of 1989 and the opening of Eastern Europe new sales opportunities emerged for Austrian exporters. At the same time EU integration deepened further. After the Single European Market the monetary union with a common currency was created. Finally the EU was enlarged to 27 member countries. In total – for all integration steps since 1989 (Opening of Eastern Europe, EU accession, participation in EMU, EU enlargement) – the integration bonus in Austria amounts to an additional real GDP growth of 0.9 percentage points per year and the creation of an additional 20,000 new jobs.